

Wahlalter auf 14 Jahre senken

Junge Menschen haben ein Recht auf Mitbestimmung

Die Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) ist ein Jugendverband mit bundesweit gut 70.000 Mitgliedern, die sich von der Orts- über die mittlere, Diözesan- und Landesebene bis zur Bundesebene engagieren. Als Jugendverband ist sich die KLJB der Lebenssituation junger Menschen bewusst. Angesichts sozialer, ökologischer, kirchlicher und politischer Herausforderungen stellt sich beständig die Frage nach lebenswerten Perspektiven für die Zukunft. Jugendliche haben in der KLJB die Möglichkeit selbst die Gesellschaft mitzugestalten und für eine gerechte und zukunftsfähige Welt einzutreten. Die Jugendverbandsarbeit bietet den geeigneten Rahmen dafür, jungen Menschen positive Wirksamkeitserfahrungen mit Politik zu ermöglichen. Politische Debatten und Wahlen gehören fest zur Verbandskultur. Egal ob Wahlen zum Orts-, oder Diözesanvorstand oder lange Diskussionen zum Jahresprogramm und Anträgen: In der KLJB werden junge Menschen früh dazu ermächtigt, sich zu beteiligen, für ihre Werte einzustehen, Verantwortung zu tragen und selbst Leitungsfunktionen wahrzunehmen.

Aktuell ist eine (neue) Politisierung junger Menschen zu erleben (z.B. im Bereich Klimaschutz und Demokratie). Jugendliche schließen sich zusammen, gehen auf die Straße und teilen ihre Meinung über die Sozialen Medien. Es ist gut in Form von Kritik und Protest den Finger in die Wunde zu legen, aber Jugendliche haben das Recht auf Mitbestimmung und wollen eine Politik, die über ihre Zukunft entscheidet, mitgestalten. Das darf ihnen nicht weiter verwehrt bleiben.

Die Möglichkeit zu Wählen hat ohne Zweifel zusätzlich einen Aktivierungseffekt zufolge. Wer selbst mitentscheiden darf, beschäftigt sich mehr mit Parteien, Inhalten und dem aktuellen Diskurs. Umgekehrt bietet sich ebenso eine Chance: Parteien nehmen minderjährige Menschen als Wähler*innengruppe wahr und nehmen auch ihre Belange ernst. Die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen erhalten somit auch für die Parteien eine größere Relevanz. Zudem ist es wahrscheinlich, dass sich mit einer Teilnahme an Wahlen in jungen Jahren auch eine Wahlgewohnheit einstellt und es so selbstverständlich ist, an Wahlen zu partizipieren.

Mit Vollendung des 14. Lebensjahres ist die Schwelle des Kindseins überschritten: Junge Menschen können nun ihre Religionszugehörigkeit selbst wählen, haben ein Mitspracherecht beim Sorgerecht, können Mitglied der meisten Parteien werden und sind eingeschränkt strafmündig. Das Wahlalter ist jedoch zu großen Teilen ein Privileg volljähriger Menschen. Dabei tragen junge Menschen bereits vor Erreichen der Volljährigkeit viel Eigenverantwortung. Nach Beendigung der Schule, egal ob nach neun, zehn oder zwölf Jahren, müssen die Weichen für das kommende Leben gestellt werden, ein Ausbildungs- oder Studienplatz gesucht werden und nicht selten steht auch der Auszug aus dem Elternhaus an. Unsere Erfahrung in der Jugendverbandsarbeit zeigt, dass Jugendliche fähig sind auch vor dem 18. Lebensjahr weitreichende Entscheidungen zu treffen und so auch zu einer reflektierten und selbst getroffenen Wahlentscheidung gelangen können.

Bei der Bundestagswahl 2021 werden nur 3,4% der Wahlberechtigten im Alter von 18 – 20 Jahren sein und weitere 11% unter 30 Jahren. Den größten Anteil nehmen mit fast 60% die über 50-Jährigen ein.¹ Demgegenüber macht diese Altersgruppe aber nur 45% an der Gesamtbevölkerung aus.² Nimmt man die U18-Wahlen in den Blick, so verschiebt sich z.B. bei zurückliegenden Landtagswahlen, aber auch bei Bundestags- und Europawahl häufig das Mehrheitsverhältnis der Parteien.³ Daraus ableitend lässt sich festhalten, dass Jugendliche mit der aktuellen Politik nicht zufrieden sind und sich Veränderungen wünschen.

Unsere Forderungen

Wir fordern die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 14 Jahre. Dieses Wahlrecht muss höchstpersönlich sein, kann also nicht durch Eltern, Erziehungsberechtigte oder Stellvertreter*innen wahrgenommen werden. Nur so kann der stärkeren Berücksichtigung der eigenen Interessen von Kindern und Jugendlichen Rechnung getragen werden. Die Absenkung muss für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen sowie für Bürger*innenentscheide und -begehren umgesetzt werden. Wir fordern Politiker*innen auf, sich aktiv und schnellstmöglich für entsprechende Änderungen der Gesetze einzusetzen.

Es reicht allerdings nicht, jungen Menschen ab 14 Jahren das Wahlrecht einfach nur zu gewähren. Darüber hinaus müssen sie auch zu einer informierten und reflektierten Wahlentscheidung befähigt werden. Es ist daher überaus wichtig, die politische Bildung, die sich an der demokratischen Ordnung und ihren Werten orientiert, in der schulischen sowie außerschulischen Bildung zu stärken.

Handlungsfeld für die Politik

Jungen Menschen muss nicht erst eine Stimme gegeben werden, sie haben bereits eine. Mit der Herabsetzung des Wahlalters können sie dieser durch die Wahl Ausdruck verleihen. Deshalb ist der erste Schritt die Vereinheitlichung des Wahlalters für alle Wahlen auf 16 Jahre. Dies ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Wahlaltersenkung auf 14 Jahre und bis spätestens zur Bundestagswahl 2025 umzusetzen. Mit diesen Erfahrungen muss so zur darauffolgenden Bundestagswahl das Wahlalter auf 14 gesenkt werden.

Es bedarf in der schulischen Bildung eines Fokus auf Politik. Hier reicht es nicht, sich im Laufe der Schulbahn irgendwann mal mit Politik beschäftigt zu haben. Im 16. Kinder- und Jugendbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wird hervorgehoben, dass der politischen Bildung mehr Gewicht während der gesamten Lebensspanne junger Menschen von der frühen Kindheit bis ins späte Jugendalter verliehen werden muss. Als Folge dessen müssen die Rahmenlehrpläne bereits in der Sekundarstufe I eine Befähigung junger Menschen vorsehen, ihre Verantwortungsrolle als Bürger*innen in der Demokratie an- und wahrzunehmen.

¹ https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/01_21_wahlberechtigte-geschaetzt.html

² <https://service.destatis.de/bevoelkerungspyramide/index.html#!y=2021&a=18,50&v=2&g>

³ <https://www.u18.org/>

Darüber hinaus brauchen junge Menschen Räume um politisches und gesellschaftliches Handeln auszuprobieren und zu lernen. Jugendverbände sind wichtige Lernort der Demokratie und politische Bildung ist bereits praktisch erlebbar. Mitbestimmung muss dennoch auch fest in der Schule, in der Ausbildung und an außerschulischen Bildungsstätten verankert werden und Teilhabe darf nicht nur simuliert werden.

Wenn aktuelle Entwicklungen und Diskurse in die politische Bildung einbezogen werden, wird das nötige Wissen vermittelt, sich selbst in die Gesellschaft einzubringen. In der Kinder- und Jugendarbeit sind demokratische Prozesse ein hohes Gut und bietet allen echte Beteiligungsmöglichkeiten. Ihre finanzielle Ausstattung muss langfristig gesichert sein.

Handlungsfeld für die KLJB

Auch der KLJB als Jugendverband kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Wir müssen die politische Landschaft und anstehende Wahlen wo immer möglich in Bildungsangebote einbinden und, solange das Wahlalter noch nicht gesenkt ist, uns z.B. aktiv bei U18-Wahlen einbringen.

Ebenso müssen wir zur aktiven Beteiligung in den Verbandsstrukturen ermutigen, um die Bildung von demokratischen Werten zu unterstützen. Es ist unser Auftrag, Kinder und Jugendliche zur aktiven Gestaltung unserer Gesellschaft und Umwelt zu ermutigen und zu befähigen.

Bereits zum Herbst-Bundesausschuss 2021 sollen die für uns wichtigsten Eckdaten politischer Bildung festgehalten und mit einer Argumentationshilfe zur Wahlaltersenkung aufgegriffen werden.